



Ein Virus und seine Folgen

Einleitung

Als Professor Abronsius aus den Südkarpaten floh, schleppte er das Böse mit sich, mit seiner Hilfe konnte es sich über die ganze Welt ausbreiten, heißt es in der Schlusszene des Films „Tanz der Vampire“ aus dem Jahr 1967. Tirol generell und Ischgl speziell erlangten im Frühjahr 2020 europaweite Bekanntheit: als Hotspot der Verbreitung des Corona-Virus in unzählige Länder. Wie es dazu kommen konnte, wie die politisch Verantwortlichen, die Landessanitätsdirektion, Wirtschaftskammer und Touristik-Lobby handelten, weshalb also das Krisenmanagement misslang, beschreibt *Steffen Arora* in seinem Beitrag „Wie Tirol auf das Virus reagierte – Chronik eines Versagens“.

Die drei weiteren Beiträge des Schwerpunktes enthüllen die Auswirkungen des Umgangs der Politik mit dem Virus. 85 Prozent der Corona-bedingten Arbeitslosigkeit betraf in Österreich Frauen. Warum die Lage von Frauen in und nach dem Lockdown politisch kaum Interesse hervorrief, analysiert *Alexandra Weiss* in ihrem Kommentar „Corona, die Krise und die Frauen“ auf mehreren Ebenen. Sie verweist auf den verstärkt seit Ende der 1990er-Jahre antifeministischen Grundtenor in Politik und Medien, der die Forderungen nach sozialer Gleichheit zwischen Männern und Frauen in den Hintergrund treten ließ oder gleich als utopisches Hirngespinnst brandmarkte. Für den Mainstream-Feminismus und staatliche Frauenpolitik hat die soziale Frage wenig Bedeutung, bei den Regierungs-Grünen in Bund und Land scheint die inhaltliche Kompetenz als feministischer Partei über LGBT-Rechte und sprachpolitische Fragen nicht weit hinauszureichen. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrheit der Frauen jenseits des bürgerlichen Universums finden geringe Beachtung, in der Krise seit Jahresbeginn 2020 noch weniger, als dies sonst schon der Fall ist. Gratisarbeit von Frauen in Pflege, Betreuung und Erziehung sind weiterhin selbstverständlich, ihre Systemrelevanz steht außerhalb des beschworenen Leistungsprinzips, sie begründet keine materielle Absicherung. Weiss kommt daher zum Schluss: „Die Krise hat offengelegt, wie wenig gesichert geschlechterpolitische Standards sind und wie prekär Geschlechterdemokratie ist, wird sie nicht sozialpolitisch flankiert. Durch die Abkoppelung der Frauenpolitik von Sozialpolitik wurde es für die politische Rechte einfach, sie als Teil des sogenannten Establishments zu denunzieren und anzugreifen.“

Herbert Langthaler legt in seinem Artikel „Asyl in Zeiten des Virus“ die Verlogenheit der beschönigenden Erzählung vom nationalen Schulterchluss offen, wir alle saßen in der Gesundheitskrise im selben Boot, Covid-19 mache alle gleich. Österreich schottete sich gegen Flüchtlinge ab, machte die Grenzen dicht, wollte nicht einmal ein paar Dutzend Mütter mit ihren Kindern oder unbegleitete Minderjährige aus den elenden griechischen Lagern aufnehmen. Schutzsuchende traf noch härter, worunter die österreichische Mehrheitsgesellschaft erheblich litt:

Maßnahmen der Freiheitsbeschränkungen und Isolation, die gesetzlich nicht gedeckt waren. Mit überzogenen Strafverfügungen gegen Flüchtlinge und alle, die sich unerlaubt im Freien aufgehalten hatten, setzte die Polizei die Einhaltung von Gesetzen durch, die in dieser Form nie in Kraft getreten waren. Allein bis April 2020 änderte die Bundesregierung 144 Gesetzesartikel oder erließ sie neu.

Martin Schenk schließt das Kapitel zu den Konsequenzen der scheinbar alternativen „Gesundheitspolitik“ von Bund und Land mit seinem Beitrag „Im Vergrößerungsglas: Corona und Armut“. Er veranschaulicht, dass sich die soziale Lage bei den unselbstständig Erwerbstätigen je nach Ausbildungsgrad und Einkommen verschlechtert hat. Zudem erläutert Schenk, weshalb SARS-CoV-2, so die offizielle Bezeichnung für das Virus, die ökonomisch Ärmsten am nachdrücklichsten trifft, am Arbeitsmarkt wie in den Familien. Wesentlich beteiligt an seiner Verbreitung waren die Wohlhabenden und Globalisierten, gelandet ist die Krankheit Covid-19 nun bei denen, die beengt wohnen, wenig verdienen, prekär und unter miserablen Bedingungen arbeiten. Einkommensverlust, Arbeitslosigkeit und Lehrstellenlücken, psychische Belastungen, Schlafstörungen und das Gefühl der Vereinsamung plagten Hunderttausende Menschen, betont Schenk. Die Konjunkturpakete der Regierung bevorzugen die Haushalte mit den höchsten Einkommen gegenüber Geringverdienenden. Letztere profitieren am meisten von Zuschüssen zum Arbeitslosengeld und zur Familienbeihilfe.

Die vielen migrantischen 24-Stunden-Pflegerinnen und ErntehelferInnen, meist leben sie in ihrem Herkunftsland in bitterarmen Verhältnissen, waren zwar unentbehrliche Arbeitskräfte und wurden deshalb auf dem Land- und Luftweg nach Österreich geholt. Doch ihre Kinder erhalten nicht einmal die Hälfte des Krisen-Bonus, den die Regierung österreichischen Kindern zugesteht. So als ob Türkis-Blau weiterhin regieren würde. Damals unter Kurz / Strache wie heute unter Kurz / Kogler geht es nicht um finanzielle Ersparnisse. Türkis setzt bewusst rassistische Zeichen, um sich mit einer harten „Ausländerpolitik“ als bessere FPÖ zu positionieren. Die grüne Koalitionspartnerin bedauert, verweist entschuldigend darauf, nur eine 14%-Partei zu sein und vertröstet auf eine bessere Zukunft, in der sie ihre sozial- und menschenrechtspolitischen Anliegen durchbringen werde. Vom Zammhalten und dem Team Österreich wie beim Ausbruch der Pandemie ist nicht mehr die Rede. Die Bäuerinnen und Bauern erhalten als Teil der Corona-Hilfspakete für die Landwirtschaft eine jährliche Pensionserhöhung von durchschnittlich 450 Euro, unbefristet. Bei den Arbeitslosen entschied sich die Bundesregierung für eine Einmalzahlung von 450 Euro. Einer generellen Erhöhung des Arbeitslosengeldes wenigstens für die Dauer der sozialen Krise verschloss sie sich, denn, so Kanzler Kurz: „Es muss attraktiv sein, arbeiten zu gehen. Es gibt Bereiche, wo es sehr schwierig ist, Arbeitskräfte zu finden“.¹

Anmerkung

1 Kurz verteidigt Einmalzahlung für Arbeitslose, <https://orf.at/stories/3169694/>, 15.6.2020 (Zugriff 10.8.2020).